

## Georgien vier Jahre nach der Revolution

## Dornen statt Rosenblüten

Einstige Sowjetrepublik tief gespalten in Gewinner und Verlierer der Reformen / Weiter Weg zur Demokratie

VON DÖRTHIE ZIEMER

Vier Jahre nach der Rosenrevolution gehen in Georgien die Menschen wieder auf die Straße. Wie damals, als sie mit Rosen in den Händen Staatspräsident Eduard Schewardnadse zum Rücktritt zwangen und beinahe einstimmig den jungen Michail Saakaschwili zum neuen Staatspräsidenten wählten. 2003, als das Land heruntergewirtschaftet war, sich Korruption breitgemacht hatte und es nur zwei Stunden am Tag Strom gab – damals waren sich die Georgier noch einig: So geht es nicht weiter. Heute ist das Land gespalten. In die Generation Sowjetbürger und die Generation Europäer. In Gewinner und Verlierer der Revolution.

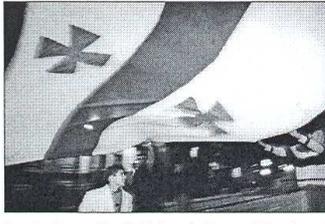
Inzwischen gibt es 24 Stunden am Tag Strom und Wasser, Investoren kommen ins Land und für die Beantragung eines Passes wird statt eines Schmiergeldes eine normale Gebühr fällig. „Es geht vorwärts“, resümiert David Aprasidze die Lage seines Landes. Der 31-jährige Politologe gehört zu der Generation, die vier Jahre nach der Rosenrevolution aus Westeuropa nach Georgien zurückkehrt. Die daran glauben will, dass Georgien den Weg zur Demokratie geht.

Sicher, Georgien ist in Aprasidzes Augen ganz sicher keine Demokratie, wie sie in Westeuropa existiert. Auch mit den postsowjetischen Staaten im Balkan, die inzwischen zur EU gehören, kann sich Georgien noch nicht vergleichen.

Aber: Der Weg zur Demokratie könne nicht gleichzeitig das Ziel sein, so Aprasidze.

Diesen Weg will Kacha Kukava ganz schnell gehen. Ein demokratisches System nach westeuropäischem Modell hat der 31-jährige Oppositionspolitiker zu seinem politischen Ziel erklärt. Er kritisiert, dass die Macht heute allein beim Präsidenten liegt, und beklagt, dass es kein funktionierendes Gerichtswesen gebe, dass Statistiken gefälscht und die Medien unterdrückt würden. Saakaschwilis pro-amerikanische und pro-europäische Außenpolitik gehöre dazu.

„Die Regierung hat einen guten Ruf im Westen. Der Westen entschuldigt damit alle innenpolitischen Fehler.“



Georgien ist gespalten. Die Verlierer der Rosenrevolution gehen auf die Straße. Foto: dsa

Die Beschränkung der Pressefreiheit – oft der Staatsmacht angekreidet, geht laut Aprasidze allerdings meist von den Besitzern der Medien aus. Deren persönliche Interessen bestimmen den Ton. „Das ist wenig professionell“, sagt

„Wir haben gelernt, dass es keine Alternative

zur Demokratie gibt, aber wir sind keine Demokraten in der Seele.“

David Aprasidze (31), Politologe

Aprasidze. Woran es Georgien vor allem mangle, sei die Umsetzung der Demokratie. „Wir haben gelernt, dass es keine Alternative zur Demokratie gibt, aber wir sind keine Demokraten in der Seele. Wir sind postsowjetische Menschen.“

Die Schwäche der Opposition, sagt Aprasidze sei hausgemacht: „Ihr fehlen die Konzep-

te. Sie müssen sagen, wie sie ihre Ziele erreichen wollen.“ Sonst wüssten Wähler nicht, was sie erwartet, wenn sie ihr Kreuz hinter so einer Partei machen. Das sieht Kukava ähnlich. „Etwa die Hälfte der Georgier sind gegen die Staatsmacht,

aber für wen sie stimmen sollen, wissen sie nicht.“

Sein Kreuz würde Professor Surab Abaschidze ganz sicher bei der Opposition machen. Sie stünde für Demokratisierung, sagt er. „Beharren auf der Macht – das ist doch heute das Wichtigste für die Regierung, wie zu Sowjetzeiten“, sagt er. Aus seiner Alma Mater ist er entlassen worden, arbeitet heute an einer anderen Universität. Er, wie viele seiner Zeitgenossen, verstehen nicht, was die junge Regierungsmannschaft mit dem 40-jährigen Präsidenten und dem 29-jährigen Wirtschaftsminister da tut. Man

brauche sich nur im Land umzuschauen, sagt Abaschidze, um zu wissen, wie es ihm geht. Die Hälfte der Georgier lebt unterhalb der Armutsgrenze. Während die Hauptstadt gedeiht, prägt Arbeitslosigkeit und der Zerfall der Schewardnadse-Ära weiter das Land druntherum. Rusudan Tabukaschwili dagegen sieht, dass sich ihr Land entwickelt. Nach dem Studium in Deutschland hat die junge

Politologin bei einer Nicht-Regierungsorganisation Arbeit gefunden. Für sie markiert die Rosenrevolution den Beginn einer neuen Zeit. „Davor passierte in unserem Land gar nichts, heute tut sich was“, sagt sie und meint damit neben dem Ausbau der Bildungs- und Polizeireformen.

Neue Ausbildungsordnungen und Diplome sollen den Fachkräftemangel, schon vor Jahren hervorgehoben durch eine Abwärtstrendwelle gerade der jungen Leute, entschärfen. Bei der Polizei ist das Personal beinahe komplett ausgetauscht worden. 15.000 Entlassungen in einer Woche – das war nach Auskunft von Giga Bokeria, Fraktionsführer der Regierungspartei, gewiss nicht populär, für den Abbau von Korruption und Willkür aber unumgänglich. Die ist inzwischen spürbar zurückgegangen, aber noch präsent.

Sie habe gewusst, sagt Rusudan, dass nach der Rosenrevolution ein schwieriger Weg vor ihnen liegen würde. „Man kann nicht alles auf einmal bekommen.“ Wie demokratisch Georgien seitdem geworden ist, das zeigen David Aprasidze: „Der Herbst 2008 wird zum Prüfstein. Es wird nicht einfach für die Regierung, die Macht zu behalten. Dann wird sich zeigen, ob Saakaschwili ein Demokrat ist oder nicht.“ Es sei denn, die Demonstranten von 2007 erzwingen eine frühere Wahl.

## „Die Regierung schafft es nicht, um Verständnis zu werben“

Interview mit dem Politologen David Aprasidze

Vier Jahre nach der Rosenrevolution gehen in Georgien die Menschen wieder auf die Straße. Sie werfen der Regierung Amtsmissbrauch und Unterdrückung der Opposition vor. Diese fordert vorgezogene Wahlen. Die Tageszeitung 20cent sprach darüber mit dem Politologen David Aprasidze (31).

Wie bewerten Sie die Vorwürfe der Regierung?

Es geht im Kern um die Frage, wann die nächsten Wahlen stattfinden sollen. Für die Regierung ist das eine Frage der Sicherheit, für die Opposition geht es um demokratische Prinzipien. Die anderen Vorwürfe sind nur Begleitvorwürfe einer Kampagne. Es gibt keine Beweise dafür, dass sie wahr sind.



David Aprasidze ist Politologe an der Ila-Chavchavadze-Universität.

Finden Sie die Argumentation der Regierung nachvollziehbar? Für mich als Experten für Sicherheitspolitik ist sie nachvollziehbar. Aber das ist sie nicht für Leute, die in einer Demokratie gewisse Normen verlangen. Wie wäre es in Deutschland, wenn die Regierung plötzlich die Wahlen verschiebt?

Welchen Teil der Bevölkerung repräsentieren die Demonstranten?

Das ist schwierig zu beantworten. Es protestieren die Leute, die durch die Reformen sozial benachteiligt wurden, aber auch die, die mit der jetzigen Demokratie Probleme haben. Man kann aber nicht sagen, dass Saakaschwili überhaupt keine Unterstützung hat. Das Land ist gespalten. Nicht repräsentative Untersuchungen haben ergeben, dass etwa 25 Prozent der Bevölkerung für die Opposition sind, rund 30 für die Regierung, 40 sind unentschieden.

Warum ist es nicht gelungen, die sozialen Probleme zu lösen?

Es gab viele Entlassungen in der Verwaltung, bei der Polizei, an Hochschulen. Diese Menschen sind in einer schwierigen sozialen Lage. Die Wirtschaft wächst, aber der russische Markt ist immer noch geschlossen.

Warum ist die soziale Lage trotz Reformen so schwierig?

Die Regierung hat es nicht geschafft, für viele Leute den Übergang sanfter zu gestalten. Diese waren verurteilt, Verlierer der Reformen zu sein. Eine gewisse Arroganz spielt auch eine Rolle. Die Regierung sagt, das ist der einzige Weg, anders kommen wir nicht voran – statt bei den Menschen um Verständnis zu werben.

Mit DAVID APRASIDZE sprach Dörthie Ziemer